

Sperrfrist 17.01.03, 19.00 Uhr  
ab 19.00 Uhr Direktübertragung  
auf:  
<http://www.blocher.ch>  
<http://www.svp-zuerich.ch>  
abrufbar ab 17.01.03, 19.00 Uhr

**Dialog mit Abwesenden**  
**Eine Rede in Zitaten:**  
**An ihren Worten sollt ihr ihre Taten messen.**

**Albisgüetli-Rede 2003**

Eine politische Standortbestimmung anlässlich der  
15. Albisgüetli-Tagung der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich

**von Nationalrat Christoph Blocher,**  
**Präsident der SVP des Kantons Zürich**

**Freitag, 17. Januar 2003, im Schützenhaus Albisgüetli, Zürich**

***Es gilt sowohl das gesprochene als auch das geschriebene Wort,  
wobei sich der Referent vorbehält, auch stark vom Manuskript abzuweichen.***

## Inhaltsverzeichnis

I.	Vom Dialog.....	3
II.	Dialog mit Abwesenden.....	8
III.	Das Wahljahr 2003.....	10
IV.	Bilanz der Ausgaben- und Steuerpolitik: nichts als Stroh gedroschen .....	12
V.	Bilanz der Aussenpolitik: Abgründe der Widersprüchlichkeit.....	18
VI.	Bilanz in der Asyl- und Ausländerpolitik: leere Versprechungen – volle Asylcenter .....	21
VII.	Von Rat-, Hilf- und Kopfllosigkeit bis zur Unfähigkeit .....	23
VIII.	Begrüssung .....	24
IX.	"Es taget vor dem Walde ..." .....	26

Liebe Parteifreunde und Gäste,  
Herr Kantonsratspräsident des Kantons Zürich,  
Herr Grossratspräsident des Kantons Luzern,  
Frau Regierungsrätin,  
Herr Regierungsrat,  
Liebe Mitglieder, Freunde, Sympathisanten, Kampfgefährten der  
Schweizerischen Volkspartei,  
Liebi Fraue und Manne,

Ich heisse Sie herzlich willkommen zur 15. Albisgüetli-Tagung 2003.

**Cher amis de la Suisse romande. Je vous salue cordialement à notre Réunion de l'Albisgüetli. Pour vous, nous avons une traduction simultanée.**

**Cari amici della Svizzera italiana, vi ringrazio per il vostro prezioso sostegno al Sud delle Alpi.**

## I. Vom Dialog

1253 Bürgerinnen und Bürger haben sich auch dieses Jahr zur traditionellen Albisgüetli-Tagung der Zürcher SVP eingefunden. Es wären gerne ein paar Tausend mehr gekommen, sofern sie Platz gefunden hätten. **Aus der ganzen Schweiz** erhalten wir Briefe – beileibe nicht nur von SVP-Mitgliedern – mit der Bitte, auch einmal teilnehmen zu dürfen.

Warum ist denn dieser Anlass so beliebt? Die Albisgüetli-Tagung ist schliesslich eine **politische Veranstaltung**. Und Politik, so hört man, interessiere nicht mehr. Die Menschen hätten zudem das Vertrauen in die Politik verloren. Wie erklärt sich dann der heutige Aufmarsch?

Die **Albisgüetli-Tagung** hat **Stil, Qualität, Ausstrahlung**. Darum wollen Tausende am heutigen Abend dabei sein.

Die **Albisgüetli-Tagung** der SVP bietet dem Bürger gerade in einer so verlogenen und orientierungslosen Zeit **eine Alternative**.

- Die Albisgüetli-Tagung ist eine **richtungsweisende**, kraftvolle politische Kundgebung, entstanden aus der **Sorge um die Schweiz** und das **Wohl der Schweizerinnen und Schweizer**.
- Die **Albisgüetli-Tagung unterscheidet** sich erfrischend vom heute üblichen moralistischen **Palaver in der Politik** und ist dem guten, **offenen politischen Stil** verpflichtet. Hier werden Missstände und deren Verantwortliche noch beim Namen genannt.
- An der **Albisgüetli-Tagung** wird der **Dialog**, die **Rede und Gegenrede**, gepflegt. So wie es sich in einer echten Demokratie gehört.

Darum wird vom Parteipräsidenten der Zürcher SVP zum Auftakt des Jahres eine **pointierte, parteiische Stellungnahme erwartet**, und darum folgt im Anschluss aber auch immer **eine Gegenrede**, worin die Zukunft der Schweiz vielleicht **ganz anders** gedeutet wird. Darauf kann sich jeder einzelne Bürger seine **Meinung selber bilden**.

Normalerweise ist der **Gastreferent** der amtierende **Bundespräsident**, wenn er sich denn getraut zu kommen. Ihm steht das letzte Wort zu. Ihm wird nichts mehr entgegnet. Auch wenn seine Rede nicht der Meinung der SVP entsprach, wurde sie doch stets respektiert und mit warmem Applaus verdankt.

Und so haben wir denn auch dieses Jahr traditionsgemäss den Bundespräsidenten eingeladen. **Heuer also den freisinnigen Bundesrat Pascal Couchepin**. Er hat uns zunächst auch freundlich zugesagt und schrieb mir am 13. September 2002 wie folgt:

DER VORSTEHER  
DES EIDGENÖSSISCHEN  
VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENTS

Bern, den 13. September 2002

Herr Nationalrat  
Dr. Christoph Blocher  
Parteipräsident SVP Zürich  
Nüscherstrasse 35  
Postfach 6339  
8023 Zürich

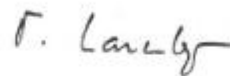
Lieber Christoph,

Noch bin ich Dir eine definitive Antwort bezüglich der Albisgüetli-Tagung schuldig. Mein Kalender für den Jahresanfang hat sich zwar zügig gefüllt, aber den Abend des 17. Januar konnte ich mir frei halten.

So wie es heute aussieht, werde ich die Einladung annehmen können. Und selbstverständlich freue ich mich schon heute über den „warmen Applaus“ aus den SVP-Reihen.

Darf ich Dich bitten, organisatorische Fragen zum gegebenen Zeitpunkt mit Frau Kobelt, Kommunikationsdienst des EVD (Tel. 031 322 20 59), zu klären?

Mit freundlichen Grüssen



Pascal Couchepin

Nachdem die Einladungen längst verschickt waren, und nachdem Pascal Couchepin sich versichert hatte, dass er am 4. Dezember 2002 auch mit den Stimmen der SVP-Fraktion zum Bundespräsidenten gewählt worden war, traf kurz vor Weihnachten – am 19. Dezember – ein vom 13. Dezember 2002 datiertes und während mehrerer Tage in der Bundesverwaltung ausgefeiltes Absageschreiben ein. Zwar nicht mehr beim "lieben Christoph", sondern bei Herrn Kantonsrat Hans-Peter Frei, der unserem Organisationskomitee vorsteht. Hier der Wortlaut:

PASCAL COUCHEPIN  
BUNDESRAT

Bern, den 13. Dezember 2002

Herr  
Hans Peter Frei  
Kantonsrat SVP  
Hungerbühlstrasse 25  
8424 Embrach

Sehr geehrter Herr Frei

Bezugnehmend auf meinen Brief vom 13. September 2002 an Herrn Dr. Christoph Blocher, in welchem ich ihm meine grundsätzliche Zusage betreffend die Teilnahme an der Albisgüetli-Tagung abgegeben hatte und bezugnehmend auf Ihr Einladungsschreiben vom 14. November 2002 möchte ich Ihnen folgende Antwort zukommen lassen.

Der Bundesrat hat an seiner letzten Sitzung jene jährlich wiederkehrenden Anlässe besprochen, an die eines seiner Mitglieder eingeladen werden. Er ist dabei zum Schluss gelangt, dass die Teilnahme des Bundespräsidenten an Anlässen dieser Art künftig auf ein Minimum zu beschränken sei und dass kein Grund bestehe, dass der Bundespräsident regelmässig an Veranstaltungen einer Kantonalpartei teilnehme. Bei dieser Gelegenheit wurde auch über die Albisgüetli-Tagung diskutiert.

Aus den im Bundesrat angestellten Ueberlegungen und angesichts der politischen Diskussion der letzten Wochen sehe ich von meiner Teilnahme an der Albisgüetli-Tagung ab.

Ich hoffe auf Ihr Verständnis zählen zu dürfen und wünsche Ihnen frohe Festtage und ein gutes neues Jahr.

Mit freundlichen Grüessen



Nun, meine Damen und Herren, die Ironie des Schicksals wollte es, dass am gleichen Tag, als das Absageschreiben bei uns eintraf, Herr Couchepin in einem Zeitungsinterview klagte:

*"Wir finden nicht oft genug den Dialog mit den Leuten, wir müssen wieder mehr diskutieren. [...] Wir müssen von Zeit zu Zeit wieder über die Grundsätze der Politik sprechen."*<sup>1</sup>

Und in seiner Neujahrsansprache verlangte Couchepin sogar:

*... "dass wir die Probleme auf den Tisch legen und den demokratischen Dialog weiterentwickeln."*<sup>2</sup>

Gut gesprochen, Herr Bundespräsident! Aber: Warum sind Sie dann nicht hier, Herr Couchepin? Oder hat ihn jemand gesehen? Ist er vielleicht noch unterwegs und sucht den "Dialog" mit den Leuten? Und sucht und sucht und sucht? Hallo, Herr Couchepin, **hier sind wir!** Wirkliche Debatten werden nicht nur im Kreise der Liebsten und Gleichgesinnten geführt. Hier, im Albisgütli, wäre der Ort gewesen, um "den demokratischen Dialog weiterzuentwickeln". Ich jedenfalls würde mir eine solche Gelegenheit nicht entgehen lassen. Das wäre doch ein Traum, vor tausend Personen einer andern Partei reden zu dürfen. Gebt mir tausend Freisinnige! An meiner Teilnahme würde dieses Zusammentreffen mit Sicherheit nicht scheitern. Aber vielleicht an den tausend Freisinnigen! Es ist heutzutage schwierig geworden, tausend Freisinnige zusammenzubringen, die erstens tatsächlich freisinnig denken und handeln und zweitens noch Parteimitglied der FDP sind. Es wäre viel einfacher, tausend ehemalige Freisinnige zu finden. Einige davon – und nicht die schlechtesten – sitzen heute unter uns und haben bei jener Partei eine politische Heimat gefunden, die zur Schweiz steht und das freiheitliche Programm lebt, das die FDP früher einmal versprochen hat.

## II. Dialog mit Abwesenden

Wir – meine Damen und Herren – wir führen diesen Dialog. Leider ist daraus gezwungenermassen ein **Dialog mit Abwesenden** geworden.

Dass unsere politischen Gegner den Dialog verweigern, ist sicher nicht zufällig: **Wer Missstände und Missbräuche im Staat aufdeckt**, wer drängende **Probleme** benennt, wer aus Sorge um die Schweiz und ihrer Bürger Kritik übt an den herrschenden Zuständen, wer tatsächliche **Lösungen** anbietet, dessen Kritik trifft halt unweigerlich die schwerhörige "Versager-Koalition" aus SP, FDP und CVP.

<sup>1</sup> Die Weltwoche, 19.12.2002.

<sup>2</sup> [www.admin.ch/ch/d/cf/alloc/20030101.html](http://www.admin.ch/ch/d/cf/alloc/20030101.html)



Aber – meine Damen und Herren –, was glauben denn diese Parteien? Meinen sie wirklich, durch das **Verschliessen der Ohren**, durch Dialogverweigerung und durch die Ächtung der Kritiker sei irgendein Problem gelöst?

Meinen diese Politikerinnen und Politiker tatsächlich, die gut **200 Milliarden Franken** Staatsschulden verschwänden wie von Zauberhand, wenn niemand mehr davon spricht?

Meinen SP, FDP und CVP wirklich, der gigantische **Asylmissbrauch** löse sich in Luft auf, wenn keiner mehr darüber redet?

Oder glaubt diese Vereinigte Linke, niemand im In- und Ausland bemerke die Doppelzüngigkeit der bundesrätlichen **Europapolitik**, nur weil dieses unehrliche Vorgehen totgeschwiegen wird?

Unsere Gegner und zahlreiche Medien wollen die SVP zu einem **Stillhalteabkommen** zwingen. Das wird ihnen nie gelingen! Wir werden dieser traurigen Koalition der Verschweiger und Vertuscher nicht beitreten. Auch wenn der Chefredaktor von Fernsehen DRS neuerdings seine Mitarbeiter anweist, das Fernsehen dürfe der SVP nicht unnötig als "*Steigbügelhalter für Wahlpropaganda*"<sup>3</sup> dienen – wir werden von unserem geradlinigen Weg nicht abrücken! Für das Staatsfernsehen ist offenbar schon das Abbilden der Wirklichkeit zu gefährlich. Was für eine **armelige Medienwelt**, die sich nur noch mit solchen Mitteln zu wehren weiss. Entlarvend ist dieser Vorgang allemal. Was nicht sein darf, wird von der Gutmenschenmafia einfach ausgeblendet. So sieht die politisch korrekte Zensur aus.

Eine Nationalrätin hat uns kürzlich vorgeworfen, die SVP würde "*Volkes Stimme*"<sup>4</sup> vertreten.

Was soll dieser Vorwurf? Wen sollen wir denn sonst vertreten? Etwa die Marsmenschen? Oder die **Interessen der SP**? Das tun doch schon FDP und CVP!

Oder sollen wir vielleicht die **Interessen der EU-Kommission** vertreten? Dafür ist doch schon die schweizerische Bundesverwaltung zuständig.

Nun, meine Damen und Herren, Herr Couchepin ist nicht zu uns gekommen. Also haben wir nach einem anderen Freisinnigen gefahndet – aber keinen gefunden. Dafür einen ehemaligen Freisinnigen – von denen gibts auch einige mehr!

---

<sup>3</sup> Ueli Haldimann, Chefredaktor von SF DRS, "Newsletter" vom 13.12.2002.

<sup>4</sup> Grünen-Nationalrätin Cécile Bühlmann im Nationalrat, 20.3.2002.

So darf ich heute ein früheres FDP-Mitglied begrüßen. Unser Gastreferent ist ein hochangesehener Wirtschaftsprofessor, der viel über die Schweiz nachgedacht hat und sich nicht scheut, auch Unkonventionelles, Unbequemes zu vertreten. Er teilt in Vielem nicht unsere Meinung. Dafür ist er ein im besten Sinne streitbarer Mann. Er hat uns für heute ohne Bedenkfrist seine Zusage gegeben – und Wort gehalten. **Begrüssen Sie mit mir ganz herzlich Herrn Prof. Dr. Walter Wittmann!**

### III. Das Wahljahr 2003

2003 ist ein Wahljahr. In diesem Wahljahr haben alle Parteien von der SP über die CVP bis zur FDP ein erklärtes Ziel: Die SVP soll schwächer werden. Das ist etwas gar wenig für ein Wahlprogramm. Aber verständlich. Nur eine schwache SVP könnte sich den politischen Irrwegen der Vereinigten Linken nicht mehr entgegen stellen. **Die Vereinigte Linke wünscht sich nichts sehnlicher als die ungestörte Fortsetzung ihres ruinösen Tiefschlafes.**

Warum aber sind wir in den letzten Jahren zunehmend in Widerspruch zu den anderen Regierungsparteien geraten, namentlich zu den ehemals bürgerlichen Parteien?

**Weil die andern Regierungsparteien diejenigen Werte, welche den Erfolg und die Stärke unseres Landes ausmachen, nicht mehr vertreten.**

Nämlich:

- **die Unabhängigkeit des Landes;**
- **die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger;**
- **einen freiheitlichen, schlanken Rechtsstaat;**
- **das gesunde Misstrauen gegenüber der eigenen Obrigkeit;**
- **den Widerwillen gegen fremde Richter;**
- **die offene, couragierte Meinungsäusserung.**

Die SVP weiss: Diese Werte verkörpern die Schweizer Qualität. Für diese **Schweizer Qualität** setzt sich die SVP ein. Und dabei gibt es zunehmend auch Erfolge zu verzeichnen:

- Dank der SVP stimmte das Zürcher Volk für die **Abschaffung der Erbschaftssteuern.**
- Dank dem unermüdlichen Einsatz der SVP für **eine dringend notwendige Steuersenkung** stimmte der Zürcher Kantonsrat wenigstens einer bescheidenen **Steuerreduktion** zu.
- Dem chaotischen **Reform-Irrlauf** im Schulwesen, der mit seinen stets neuen Änderungen dazu führte, dass ein Grossteil der Kinder nicht mehr richtig schreiben und lesen kann, wurde mit der Verwerfung des **zürcherischen Volksschulgesetzes** ein Dämpfer versetzt.

- Zahlreiche schädliche Projekte wurden im Bundesrat und Parlament **aus Angst vor der SVP nicht gestartet oder zumindest in der Schublade liegen gelassen.**
- Dank unserem Widerstand gibt es keine **Staatsrechts-Reform mit Staatssekretären, kein Berufsparlament, keinen Konjunkturartikel, keine Blauhelme und keine Solidaritätsstiftung.**
- Wir haben die **Anschlussgelüste in Richtung NATO gebremst.**
- Und das Wichtigste: **Wir haben den für unser Land schädlichen EU- und EWR-Beitritt verhindert.**

Für zahlreiche anstehende Probleme hat die SVP als einzige Partei Lösungen anzubieten:

- Die SVP legt eine konkrete Lösung vor für die Verwendung des **Nationalbank-Goldes.**
- Die SVP hat eine konkrete Lösung für die **Bewältigung der Asyلمisere.**
- Die SVP hat eine konkrete Lösung, wie die **Krankenkassenprämien gesenkt** werden könnten.
- Die SVP will die **Stellung der Schweiz zur EU** klären und verlangt deshalb den **Rückzug des Beitrittsgesuchs.**
- Die SVP will den **Handlungsspielraum der Schweiz** wahren und verlangt deshalb den **Abbruch der bilateralen Verhandlungen II mit der EU.**
- Die SVP will das **Bankgeheimnis in der Verfassung** verankern.
- Die SVP steht zur **Neutralität** und ist **gegen das Mitlaufen in der UNO**, wo sich die Probleme unserer Mitgliedschaft bereits abzeichnen.
- Die SVP steht ein für eine **Stärkung der Wirtschaft.** Sie beantragt deshalb als einzige Partei **substanzielle Steuersenkungen und bekämpft die ausufernde Abgaben- und Gebührenflut.**
- Die SVP ist gegen **eine staatliche Fluggesellschaft.**
- Allein die SVP setzt sich noch glaubhaft gegen die **überbordenden Staatsausgaben** zur Wehr.

Was haben die anderen Parteien anzubieten, die sich immer so laut als "lösungsorientiert" anpreisen?

Ich sehe nur **gähnende Leere, keine Initiativen, keine Konzepte, keine Taten, keine Lösungen, keine Linie, keine Köpfe ... Das einzige, was sich bei den drei Parteien noch bewegt, ist das sich munter drehende Präsidentenkarussell.**

Ja, ich begreife die Dialogverweigerung: Wer inhaltlich nichts zu sagen hat, dem bleibt tatsächlich nur die Gesprächsverweigerung. Die Mitte-Links-Koalition aus SP, FDP und CVP liegt selig im Bett ihrer eigenen Lethargie und klagt: "Schaut nur die unanständige SVP. Sie kritisiert ständig und belästigt uns mit ihrer Tatkraft. Lass uns in Ruhe, du hartnäckige SVP! Wir liegen doch so weich auf den Steuermilliarden und sitzen so bequem in unseren gut bezahlten Sesseln!" **Wo keine Argumente, keine gescheiterten Lösungen, keine brauchbare Politik mehr vorhanden ist, dort beruft man sich zuletzt noch auf eine vorgeschobene Moral:** Die SVP wird als unanständig verschrien, nur weil sie die Dinge beim Namen nennt.

Davon lassen wir uns nicht beeindrucken. Die SVP stand bei allen wesentlichen Urnengängen der vergangenen Monate allein da. Die Moralguerilla aus Presse und Politik hat die Demokratie pervertiert, indem sie die Abstimmungen über UNO-Beitritt, Asylmissbrauch, Solidaritätsstiftung zu einem Plebiszit über die SVP erklärt hat. Offenbar traut die Herrschaftsklasse ihrer eigenen Argumentationskraft nicht mehr. Trotzdem konnte die SVP mit unentwegtem Einsatz jedes Mal zwischen 45 und 49,9% der Stimmen hinter sich vereinigen. FDP, CVP, SP, Grüne, die liberale Partei, der Bundesrat, die Verbände, die Gewerkschaften und die Medien zusammen konnten nur gut 50% der Stimmenden für sich mobilisieren. Wenn das kein **Misstrauensvotum** ist!

Meine Damen und Herren, die SVP wird ihre mühsame Arbeit weiterführen. Wir werden nach wie vor den **Motor im politischen Getriebe** unseres Landes bilden und **Denkanstösse** liefern. Diese Aufgabe wird nicht einfacher, aber immer bedeutungsvoller. Seit dem letzten Samstag, als die FDP Frau Langenberger zur Präsidentin wählte, steht fest, dass die FDP auch gegen aussen ernst macht mit ihrem Linkskurs. Wenigstens für einmal ist die FDP konsequent gewesen, in dem sie nun eine Präsidentin gewählt hat, die zu ihr und ihrer Politik passt. Damit bekommen wir aber eine noch schwerere Bürde aufgetragen: **Die SVP muss jetzt auch noch jene Wähler vertreten, die bis heute als Bürgerliche die FDP wählen konnten.**

#### **IV. Bilanz der Ausgaben- und Steuerpolitik: nichts als Stroh gedroschen**

Liebe Freunde der SVP, im Wahljahr muss Bilanz gezogen werden. Es ist für die herrschende Mitte-Links-Koalition eine vernichtende Bilanz. Beginnen wir mit der Ausgaben- und Steuerpolitik:

**Von allergrösster Bedeutung für unsere Wirtschaft – und damit für die Wohlfahrt und Freiheit von uns allen – ist ein massvoller Staat. Massvoll mit Gesetzen und Vorschriften, vor allem aber massvoll mit Ausgaben und Steuern. Die Forderung nach weniger Staat, weniger Ausgaben, tieferen Zwangsabgaben ist die soziale Forderung dieser Tage.**

Ich zitiere:

*"Die Grenzen des Hochleistungsstaates werden dramatisch sichtbar. [...] Die Quittung sind explodierende Staatsschulden, welche die ohnehin überforderten kommenden Generationen vollends überlasten werden, wenn wir die Kraft zur Umkehr nicht hier und heute aufbringen."<sup>5</sup>*

Diese Sätze könnten aus unserem Parteiprogramm stammen. Aber es waren staatsmännische Sätze eines Freisinnigen. Ein von Tatendrang beseelter **Bundesrat Kaspar Villiger** sprach diese Worte anlässlich einer Grundsatzrede in Rapperswil, am 20. Januar 1996. Diese Mahnung galt den eigenen Parteigenossen, den Freisinnigen. Eben hatte Kaspar Villiger das Finanzministerium vom zurückgetretenen SP-Bundesrat Otto Stich übernommen. Und wie recht er doch hatte: **Ein solcher Hochleistungsstaat ist nicht finanzierbar und hat deswegen keine Zukunft.**

Folgerichtig führte der freisinnige Bundesrat weiter aus:

*"Wir dürfen unsere Insel des Wohlstandes nicht gefährden. Dabei zähle ich auf die Freisinnigen. Sie sind unter anderem mit dem Anspruch in den Wahlkampf gestiegen, gegen die Finanzkrise anzutreten. Nun müssen wir vom Wort zur Tat schreiten!"*

Ich erinnere mich an jene Januartage des Jahres 1996, als ich zu meiner Frau sagte: "Doch, ich glaube, es beginnt zu tagen. Auch die Freisinnigen merken, was es geschlagen hat."

Aber was müssen wir im Wahljahr 2003 zur Kenntnis nehmen? **107 Milliarden Schulden** allein beim Bund. Fast dreimal soviel wie 1990! Und dies, obwohl wir eine **Erhöhung der Steuern und Zwangsabgaben** in den letzten zehn Jahren hatten wie in keinem anderen OECD-Land. Die Ausgaben des Bundes sind seit dem Amtsantritt Villigers von 40,5 auf über 51 Milliarden gestiegen. Das bedeutet eine **Zunahme von mehr als 25%**. **Dies geschah mit der Zustimmung von Bundesrat und Freisinnigen und gegen den erbitterten Widerstand der SVP. Ja, ihr Freisinnigen!**

*"Nun müssen wir vom Wort zur Tat schreiten!"*

So befahl Villiger seinen FDP-Genossen. Heute fragen wir: Wann kommen die Freisinnigen endlich vom Wort zur Tat? Sie sind offenbar immer noch unterwegs. Seit sieben Jahren schreiten und schreiten sie vom Wort zur Tat. Aber wo bleiben die Taten? Wir hören nur von neuen Versprechen, neuen Positionspapieren, neuen Absichtserklärungen – sehen aber keine Taten. Seit sieben Jahren warten wir jetzt darauf, dass die FDP endlich zur Tat kommt. Bis heute hat diese Partei nicht nur keine Taten erbracht, sondern diejenigen, die tätig waren, noch ständig bekämpft.

---

<sup>5</sup> Bundesrat Kaspar Villiger an der FDP-Delegiertenversammlung vom 20.1.1996 in Rapperswil.

Und die **SP** hat sich noch nicht einmal auf den Weg gemacht. Sie sitzt immer noch beim Znüni, selbstverständlich bezahlt aus der Bundeskasse. Vielleicht ist es auch gut so. Würde sie zur Tat aufbrechen, marschierte sie ja doch in die verkehrte Richtung.

Ganz chaotisch würde es, wenn sich die **CVP** auf den Weg machen sollte: Sie würde sich wie eine Hühnerschar in alle Himmelsrichtungen verlaufen!

Lesen wir weiter in Villigers finanzpolitischen Führungsgrundsätzen aus dem Jahre 1996:

*"Neue Ausgaben ohne gleichzeitigen Finanzierungsbeschluss dürfen nicht mehr beschlossen werden."*

- Aha! Und was war mit der **Expo.02?** Wo war dort der von Villiger geforderte Finanzierungsbeschluss? Diese Landesausstellung begann als pompöse Ankündigung und endete als pompöses Nichts. Dazwischen verschwanden unter Anleitung der Freisinnigen Couchepin und Steinegger 1,4 Milliarden Franken (Stand 17. Januar 2002). Das sind **fast neun Millionen Franken pro Ausstellungstag**. Die verdeckten Beiträge des Bundes und der Kantone nicht eingerechnet. Von der ganzen postulierten "Nachhaltigkeit" bleibt uns schliesslich nur ein **nachhaltiges Milliardenloch** im Haushalt. Ursprünglich hatte der Bundesrat einen öffentlichen Beitrag von 130 Millionen gesprochen – inklusive Defizitgarantie!<sup>6</sup> Der freisinnige Expo-Präsident Steinegger rühmte sich am Ende gar, man habe die Ausgaben exzellent im Griff gehabt. Es sei nur unwesentlich mehr Geld ausgegeben worden als budgetiert.<sup>7</sup> Bei den Einnahmen sei man – zugegeben – etwas daneben gelegen. Da kann jeder Unternehmer nur noch den Kopf schütteln. Haben wir es hier mit dem neuen freisinnigen Finanzleitbild zu tun? Stellen Sie sich vor, ich würde vor die Aktionäre treten und stolz verkünden: "Wir hatten die Ausgaben hervorragend im Griff. Wir hatten nur keine Einnahmen." Man würde mich bevormunden. Wer aber solches in der Politik verbreitet, wird am Ende noch mit einem Bundesratssitz belohnt.
  
- Und das **Swissair-Debakel?** Handstreichartig wurden auch hier Milliarden in eine marode Fluggesellschaft gepumpt. Die Freisinnigen, die Kaspar Villiger noch 1996 zur Ordnungspolitik aufgerufen hatte, vergassen sämtliche Grundsätze, nur um die Sünden ihrer Parteikollegen im Verwaltungsrat der Swissair mit Steuermilliarden zuzukleistern! **Wiederum musste der Bürger für den FDP-Filz bluten.**

<sup>6</sup> FDP-Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz im Ständerat, 24.9.1996.

<sup>7</sup> Luzerner Zeitung, 21.10.2002. Ebenfalls geäußert in der "Arena" von SF DRS, 18.10.2002.

---

Die Expo.02 und das Swissair-Debakel haben die Bundeskasse um mehr als 3,5 Milliarden Franken erleichtert. Ohne Expo.02 und Swiss gäbe es in der Rechnung 2002 kein Defizit. **In beiden Fällen gingen FDP und CVP Hand in Hand mit der SP und verschleuderten Milliarden Steuergelder.**

Bei der **SP** gehört die Verschwendung von Geld, das man selber nicht erarbeitet hat, wenigstens zum offiziellen Parteiprogramm. Die **CVP** hat sich längst stillschweigend angeschlossen. Sie kann der SP und FDP schon lange nicht mehr widersprechen, weil sie Angst hat, sie müsste sonst einen ihrer Bundesräte abtreten.

Aber hören wir weiter, wie Bundesrat Villiger 1996 zu den Freisinnigen und wohl auch zum Schweizervolk sprach:

*"Wir müssen uns dazu aufraffen, vermehrt Nein zu sagen. Das braucht politischen Mut. Ich hoffe, dass Bundesrat und Parlament diesen Mut aufbringen."*

Ich frage Sie, meine Damen und Herren:

Wer hat diesen Mut zum Neinsagen aufgebracht?

Welche Partei steht für eine konsequente Haushaltspolitik?

Wer hat mit der richtungsweisenden Rede Kaspar Villigers ernst gemacht?

**Leider nur die SVP.**

Kaspar Villigers Rapperswiler Rede vom Januar 1996 sollte der Startschuss zu einer grundlegenden Haushaltsanierung werden. Zwei Wochen darauf vertraute sich der damals neue Finanzminister der "Basler Zeitung" an:

*"Ich würde gerne im Jahre 2001 oder 2002 als Bundesrat in einer kleinen Rede an der Landesausstellung erklären, die Bundesrechnung ist jetzt in Ordnung."<sup>8</sup>*

Also ich habe nichts von dieser "kleinen Rede" vernommen. Haben Sie etwas gehört? Was ich allerdings im letzten Jahr vernommen habe, sind **Millionen- und Milliardenkredite für eben diese Landesausstellung** und für eine **bankrotte Fluggesellschaft**. Was ich im letzten Jahr vernommen habe, ist die **Ankündigung massiver Bundesdefizite ab 2003**. Was ich im letzten Sommer gehört habe, war ein Finanzminister, der uns väterlich mitteilte, die Schweiz dürfte schon ein paar **Milliarden Volksvermögen in eine – notabene erpresste – "Solidaritätsstiftung"** stecken. Was ich im Parlament erlebt habe, war ein **vergeblicher Kampf der SVP um Einsparungen und Streichungen**. Die Koalition der Verschwender hat sich ein Hobby daraus gemacht, die Sparanträge der SVP abblitzen zu lassen.

---

<sup>8</sup> Basler Zeitung, 5.2.1998.

**Wer die Staatsausgaben im Griff haben will, wer einen Bundeshaushalt will, der eine prosperierende Wirtschaft ermöglicht, der wählt 2003 SVP. Die Koalition der Verschwender hat ausgedient.**

Doch hören wir in unserem Dialog mit Abwesenden weiter dem Freisinnigen Finanzminister Kaspar Villiger zu. Auch zur **Wirtschaftspolitik** äusserte er sich in der gleichen Rede:

*"Von besonderer Bedeutung aber ist es, die Staatsquote tief und die Steuer- und Abgabenquote attraktiv zu halten."<sup>9</sup>*

Die tiefen Steuern sind in der Tat das grosse Plus der Schweiz. Oder muss man bald sagen, die tiefen Steuern **waren** das grosse Plus der Schweiz? **Seit 1990 hat unsere Steuerquote** – es muss nochmals gesagt sein – **so stark zugenommen wie in keinem anderen OECD-Land**. Allein in der Herbstsession 2002 beschloss das Parlament neue Steuern in der Höhe von 970 Millionen Franken<sup>10</sup>. **Alle diese Steuererhöhungen wurden gegen den erbitterten Widerstand der SVP durchgedrückt**. Die SVP wurde dabei systematisch als Nein-Sager-Partei lächerlich gemacht.

**Wer endlich eine tiefere Steuer- und Abgabenquote will und deshalb eine florierende Wirtschaft, wer mehr Arbeitsplätze, weniger Arbeitslose will, der wird 2003 die SVP wählen. Die Steuererhöhungsparteien haben ausgedient.**

Nun, meine Damen und Herren, nachdem die Parteien, und insbesondere die FDP, das ganze damals von ihrem eigenen FDP-Bundesrat verkündete Programm nicht umgesetzt haben, hat die Mitte-Links-Koalition nicht etwa versucht, die Fehler gutzumachen. Nein, speziell die FDP hat es sich leicht gemacht: **Sie passt ihr Parteiprogramm sukzessive ihren Taten an und versucht so, ihr falsches Verhalten mit einem sozialistischen Programm zu rechtfertigen.**

Als ein Journalist den freisinnigen Bundespräsidenten Pascal Couchepin kürzlich daran erinnerte, dass die FDP einmal mit Slogans wie "Mehr Freiheit – weniger Staat" in den Wahlkampf gezogen sei, antwortete Couchepin:

*"Das ist wahr. Wir haben damit vielleicht kurzfristig ein paar Wähler gewonnen, uns jedoch langfristig in Schwierigkeiten gebracht."<sup>11</sup>*

<sup>9</sup> Kaspar Villiger an der FDP-Delegiertenversammlung vom 20.1.1996 in Rapperswil.

<sup>10</sup> Tabaksteuern 900 Millionen, Energiesteuern 70 Millionen Franken.

<sup>11</sup> Die Weltwoche, 11.12.2002.



Warum hat ein Slogan wie "Mehr Freiheit – weniger Staat" die FDP in Schwierigkeiten bringen können? Weil sich die FDP an diese urliberale Weisheit nicht mehr hält und weil Couchepin im gleichen Interview aufruft:

*"Jetzt müssen wir Freisinnigen den Staat stärken."*

Oder weil ein Nationalrat und damaliger Vizepräsident der FDP Schweiz schon 1995 forderte:

*"Wir brauchen eine Koalition von FDP und SP."<sup>12</sup>*

Da wollen auch ehemalige FDP-Parteipräsidenten nicht hinten anstehen. Im letzten Jahr verkündete Nationalrat Franz Steinegger:

*"Man soll bezüglich staatlichen Eingriffen niemals Nein sagen."<sup>13</sup>*

Ist dies das neue Programm der FDP-Parteistrategen? Und dann wundern sie sich, dass ihnen die Wähler aus der Wirtschaft und dem Mittelstand davon laufen. **Die FDP hat ihre Grundsätze verraten. Darum bekommt sie die Quittung durch die Wählerschaft. Nicht wegen der SVP. Sondern einzig darum, weil sie sich von ihrem eigenen liberalen Gedankengut abgewandt hat.**

Dieser neue, sozialistisch durchgesetzte Freisinn steht in krassem Widerspruch zum liberalen Denken, zu weniger Staat und mehr Freiheit. Mit diesem **modischen Weichsinn** lässt sich der Staatsinterventionismus in Sachen **Swissair, Expo.02, staatliche Kindererziehung, staatliche Wirtschaftsförderungen, Steuererhöhungen** und **Ausgabenwachstum** natürlich bestens begründen.

Meine Damen und Herren, es ist bedauerlich, dass wir hier vor allem die FDP kritisieren müssen. Vom Gedankengut her, mindestens vom ursprünglichen Gedankengut her, müssten wir am gleichen Strick ziehen. Die FDP sollte unser natürlicher Partner sein. Doch leider hat sie nicht mehr die Kraft, nach ihrem eigenen Programm zu handeln, geschweige denn, dieses durchzusetzen.

**Die SVP ist jene Partei, die heute umsetzt, was der Freisinn gestern versprach und auch morgen nicht einhalten wird. Wer 2003 freisinnig wählen will, wählt SVP.**

<sup>12</sup> FDP-Nationalrat Peter Tschopp im Cash, 5.5.1995.

<sup>13</sup> FDP-Nationalrat Franz Steinegger, Handelszeitung, 2.10.2002.

Die SVP ist zur eigentlichen **Wirtschaftskompetenzpartei** geworden. Jeder Finanzpolitiker, der wirklich interessiert ist an einem gesunden Staatshaushalt, verfolgt eine liberale Wirtschaftspolitik mit folgenden drei Grundsätzen:

1. **Niedrige Steuersätze.** Der Bürger muss von der staatlich organisierten Plünderung geschützt werden. Der Bürger setzt Geld effizienter und kreativer um als jede Verwaltung.
2. **Rückläufige Staatsquote.** Ein gesunder, liberaler Staat setzt auf die Eigenverantwortung seiner Bürger und stärkt deren Handlungsfreiheit. Liberalismus heisst so viel Freiheit wie möglich und so viel Staat wie nötig. Ein aufgeblähter Staat bedeutet nicht nur Bürokratie und Ineffizienz; er bedeutet auch die Ausbreitung eines mächtigen Apparats von Regeln und Instanzen, welcher Initiative und Innovation erstickt.<sup>14</sup> Ein solcher Staat erweist sich selbst als **grösstes Wachstums-hindernis.**
3. **Den Einfluss der Linken einschränken,** weil die linke Ausgabenpolitik längerfristig den Wohlstand jedes Landes zerstört. Linke Politik heisst: ein verantwortungsloser Ausbau des Sozialstaates auf der Basis von Verschuldung und Staatsinterventionismus. Dieses Rezept kann nicht aufgehen.

## V. Bilanz der Aussenpolitik: Abgründe der Widersprüchlichkeit

1992 lehnte das Volk den EWR-Beitritt ab. 2001 lehnte das Volk mit aller Wucht den EU-Beitritt ab. Trotzdem tut Bern alles, um die Schweiz in die EU zu lotsen. Die **zentrale Frage** im Wahljahr 2003 ist und bleibt deshalb:

"Wie hältst Du es mit der Schweiz? **Stehst Du zu einer unabhängigen Schweiz?** Oder willst auch Du die Schweiz in der EU aufgehen lassen?"

Die SVP ist die einzige Regierungspartei, die mit Nachdruck für eine selbständige, unabhängige und neutrale Schweiz eintritt. Für die SVP ist ebenso klar: **Bilaterale Verträge** sind nur als Mittel zur **eigenen Interessenwahrung** auszuhandeln. Sie machen nur dann Sinn, wenn nicht gleichzeitig ein EU-Beitritt angestrebt wird. **Ein ernsthafter Verhandler muss deshalb sein Beitritts-gesuch zurück ziehen.** Das hat unterdessen auch Alt-Staatssekretär Franz Blankart festgestellt, der die Verhandlungen zum EWR-Vertrag geleitet hatte. Man könne nicht EU-Kandidat sein und gleichzeitig bilaterale Abkommen aushandeln. Entweder nehme der Bundesrat Beitrittsverhandlungen mit der EU auf oder ziehe das Beitritts-gesuch zurück: "*Tertium non datur.*"<sup>15</sup>

<sup>14</sup> Vgl. Ralf Dahrendorf: Fragmente eines neuen Liberalismus, Stuttgart 1987, S. 115.

<sup>15</sup> NZZ am Sonntag, 27.10.2002.

**Heute weiss die EU nicht, woran Sie mit der Schweiz ist. Und die Schweiz weiss nicht, woran sie mit der Aussenpolitik des Bundesrates ist.**

**Die Schweiz hätte ausserhalb der EU die einmalige Chance, eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Alternative zu bieten. Wir müssten nur den Mut haben, anders, tüchtiger, freiheitlicher, steuergünstiger, demokratischer und weltoffener zu sein als die anderen.**

Für die Wahlen 2003 heisst dies:

- Die SVP wahrt die **grundlegenden Werte** der Schweiz, welche das Land stark gemacht haben.
- Die SVP steht zu diesen schweizerischen Werten auch dann, wenn es **Rückgrat und Widerstandsvermögen** braucht.
- Die Schweizerinnen und Schweizer können sich darauf verlassen, dass die SVP die Volksinteressen **auch in harten Auseinandersetzungen** vertreten wird.
- Die SVP ist weder für EU-Kompatibilität noch für autonomen Nachvollzug aus Prinzip, sondern für kreative Wege aufgrund der **eigenen Stärken**.

Und die anderen?

Wie **glaubwürdig**, wie **erfolgreich** ist eigentlich die offizielle Aussenpolitik? Eine direkte Antwort bekommen wir nicht, denn der Herr Bundespräsident glänzt ja durch Abwesenheit. Also führen wir unseren Dialog mit Abwesenden weiter. Nehmen wir **als Beispiel die bilateralen Verhandlungen**:

Um die NEAT rechtfertigen zu können, versprach unser Bundesrat Ogi am 9. Juni 1992:

*"Die NEAT bildet die beste Gewähr, an der 28-Tonnen-Limite festhalten zu können."<sup>16</sup>*

Im Rahmen der bilateralen Verhandlungen versicherte der Bundesrat 1994:

*"Der Bundesrat beabsichtigt nicht, in seiner Haltung von der 28-Tonnen-Frage abzuweichen. Die Aufrechterhaltung dieser Gewichtslimite gehört zu den Eckpfeilern seiner Verkehrspolitik."<sup>17</sup>*

Am gleichen Tag beteuerte der bundesrätliche Sprecher:

*"Von einer Aufgabe der konsequenten Haltung bezüglich der 40-Tonnen-Frage oder sogar von einem Bückling gegenüber der EU kann keine Rede sein."<sup>18</sup>*

<sup>16</sup> SVP-Bundesrat Adolf Ogi im Nationalrat, 9.6.1992.

<sup>17</sup> CVP-Bundesrat Arnold Koller im Nationalrat, 7.3.1994.

<sup>18</sup> Bundesrat Arnold Koller, 7.3.1994.

Am 5. Oktober 1995, kurz vor den eidgenössischen Wahlen, gaben namhafte Vertreter der SP und der Grünen ihren Wählern folgendes Versprechen:<sup>19</sup>

*"Nein", die Schweiz kann auf die 28-Tonnen nicht verzichten.*<sup>20</sup>

Bereits zwei Jahre später wurde dann diese **28-Tonnen-Limite unter massgeblicher Mitwirkung der SP und der Grünen gekippt**. Auch der Bundesrat und die Mitte-Parteien haben ihre Positionen still und leise beerdigt.

So schnell ist dieser so genannte "Eckpfeiler"<sup>21</sup> des bundesrätlichen Verkehrskonzeptes **ausser Abschied und Traktanden gefallen**. Das ist es doch, was wir meinen: Die regierenden Parteien lassen heute ihre "Eckpfeiler" nicht nur in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, sondern überall – besonders auch in der Aussen- und Sicherheitspolitik – fallen! Wo bleibt da ein Konzept? Wo das Ziel? Wo die Führung?

**In Bern regiert eine Koalition ohne Konzept, ohne Ziel, ohne Lösungen, ohne Prinzipien und ohne Standvermögen. Unter diesen Voraussetzungen sind Verhandlungen mit anderen Staaten fatal.**

Wie widersprüchlich, konzept- und ziellos unsere Aussenpolitik ist, zeigen auch folgende Äusserungen. Vor der Abstimmung über die bilateralen Verträge erklärt der Bundesrat 2000:

*"Die Bilateralen Verträge sind ein eigenständiger und selbständiger Schritt und haben mit einem EU-Beitritt nichts zu tun."*<sup>22</sup>

Unmittelbar nach dieser Abstimmung verbreitet Aussenminister **Joseph Deiss**:

*"Es hindert uns nichts, am EU-Beitritt zu arbeiten."*<sup>23</sup>

Gleichzeitig verlangt der CVP-Fraktionschef:

*"Jetzt sofort in die EU."*<sup>24</sup>

<sup>19</sup> Dies waren u.a. Peter Bodenmann (SP), Ernst Leuenberger (SP), Franco Cavalli (SP), Andrea Hämmerle (SP), Paul Rechsteiner (SP) sowie Cécile Bühlmann (GPS) und Pia Hollenstein (GPS).

<sup>20</sup> Facts, 5.10.1995.

<sup>21</sup> CVP-Bundesrat Koller im Nationalrat, 7.3.1994.

<sup>22</sup> SF DRS, 13.5.2000.

<sup>23</sup> Facts, 31.5.2000.

<sup>24</sup> CVP-Fraktionschef Jean-Philippe Maître im Blick, 22.5.2000.

Im Frühling 2001 versenkte das Schweizer Volk die Vorlage "Ja zu Europa" mit 76,8% Nein-Stimmen. Mit einer unglaublichen **Dreistigkeit** wertete Bundesrat Deiss das Ergebnis als Zustimmung für die bundesrätliche EU-Beitritts-Politik.<sup>25</sup>

Meine Damen und Herren, fragt sich da noch jemand ernsthaft, warum das Volk den Politikern und dem Bundesrat **nicht mehr traut**? Gleichzeitig höre ich Bundespräsident Couchepin, wie er in seiner Neujahrsansprache fast verzweifelt an das Volk appelliert:

*"Unser Land muss wieder (...) all denen vertrauen können, die in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft Verantwortung tragen."*

Herr Bundespräsident, Vertrauen kann man weder befehlen noch mit Appellen erreichen. Vertrauen gewinnt man durch vertrauenswürdiges Verhalten. Vertrauen gewinnt, wer eine gegebene schriftliche Zusage nicht rückgängig macht – zum Beispiel als Redner im Albisgütli. Vertrauen gewinnt man durch klare Konzepte, aber sicher nicht durch **Widersprüche und Doppeltzungigkeit**.

**Wer noch für die Schweiz einsteht, wer für eine glaubwürdige Aussenpolitik ist, für eine Aussenpolitik, bei welcher das Volk und das Ausland wissen, woran sie sind, der muss 2003 SVP wählen!**

## VI. Bilanz in der Asyl- und Ausländerpolitik: leere Versprechungen – volle Asylcenter

Seit über 15 Jahren kämpft **die SVP gegen asyl- und ausländerpolitische Irrwege**. Da Bundes-Bern unsere Einwände regelmässig ignorierte, reichte die SVP 1991 eine **Petition** ein, die in kürzester Zeit von über 100'000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet wurde.<sup>26</sup>

<sup>25</sup> So kommentierte Bundesrat Joseph Deiss noch am Abstimmungssonntag (4.3.2001) in SF DRS das Ergebnis.

<sup>26</sup> "Unser Asylrecht wird schamlos ausgenutzt. Nur etwa 4 Prozent sind wirkliche Flüchtlinge. Diesen wollen wir auch in Zukunft Schutz gewähren. Die überwiegende Mehrheit jedoch besteht aus Eingewanderten, die bei uns Geld verdienen wollen. Zumeist reisen sie illegal ein in unser Land und leben dann auf unsere Kosten. Darum hat die SVP den Bundesrat mit einer Petition aufgefordert, endlich straff nach dem Gesetz zu handeln. Und über 100'000 haben diese Aufforderung unterschrieben. Doch Bundesrat und Parlament haben noch immer nicht viel getan. Darum lanciert die SVP jetzt eine Volksinitiative gegen die illegale Einwanderung." SVP-Insert in der NZZ, 9.10.1991.

Als man auch diese Petition im Parlament nicht ernst nahm, reagierte die SVP mit **zwei Volksinitiativen**. Wie gewohnt, beruhigte die Classe politique das Volk mit leeren Versprechungen.

1993 beteuerte der Bundesrat:

*"Am Prinzip des ausgewogenen Verhältnisses der ausländischen und der schweizerischen Wohnbevölkerung werden wir sicher festhalten."<sup>27</sup>*

1994 doppelte der damalige Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge im Zusammenhang mit einer der zahlreichen Asylgesetzrevisionen nach:

*"Der Asylant und Drogendealer wird von unserem neuen Gesetz erreicht und wird verschwinden."<sup>28</sup>*

1996 beteuerte der Bundesrat erneut:

*"Wir haben die Zahl der Missbräuche deutlich reduziert."<sup>29</sup>*

1998 erklärte Bundespräsident Arnold Koller an der Albisgütli-Tagung:

*"Wir haben das Asylverfahren im Griff."*

Im Herbst 1998 konnte ein CVP-Sprecher im Nationalrat das Schweizervolk anschwindeln:

*"Vorwegzunehmen ist, dass Bundesrat, Kantone und Gemeinden bisher im Asylwesen ausgezeichnete Arbeit geleistet haben."<sup>30</sup>*

Für 2001 wurde am runden Tisch ein **Kostendach von 1 Milliarde Franken jährlich** im Asylbereich vereinbart. Heute werden im Bund, in den Kantonen und Gemeinden zusammen mit allen Folgekosten **jährlich über 2 Milliarden Franken** für das Asylwesen aufgewendet.<sup>31</sup>

Der Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge meldete im Juli 2001 selbstbewusst:

*"Die Flüchtlingsproblematik ist heute weitgehend gelöst."<sup>32</sup>*

---

<sup>27</sup> CVP Bundesrat Arnold Koller in Die Weltwoche, 28.10.1993.

<sup>28</sup> Sonntagsblick, 17.04.1994.

<sup>29</sup> CVP-Bundesrat Arnold Koller im Tages Anzeiger, 19.10.1996.

<sup>30</sup> Motion von CVP-Nationalrat Josef Leu, 9.10.1998.

<sup>31</sup> Die Weltwoche, 24.10.2002.

<sup>32</sup> Jean-Daniel Gerber in Die Weltwoche, 6.7.2001.

Eine gute **Mehrheit der Kantone und fast 50% des Wahlvolkes glaubte** am 24. November 2002 diesen Beteuerungen nicht mehr. **Die SVP-Asylinitiative** wurde um knapp 3'000 Stimmen nicht angenommen. Und wie kommentierte unsere CVP-Justizministerin Ruth Metzler das Resultat? Sie rief:

"Super!"<sup>33</sup>

Da sehen Sie, mit wie wenig sich Frau Metzler inzwischen schon zufrieden gibt.

Aber wie sieht die Asylrealität im Jahr 2003 aus? Ist sie wirklich so, dass man durch die Gänge des Bundeshauses laufen und laut "Super!" rufen kann?

**90 bis 95 Prozent aller Asylgesuche** müssen nach wie vor abgelehnt werden. Bei der grossen Mehrheit der Asylanten handelt es sich also um **Nicht-Flüchtlinge**, nämlich um **Asyltouristen**. Die meisten reisen illegal in die Schweiz ein. Über 70 Prozent der Abgewiesenen tauchen einfach unter. **Asylbanden beherrschen den Drogenhandel.**

**Wer endlich den Asylmissbrauch unterbinden will, wer genug hat von den leeren Versprechen, genug von den vollen Asylzentren, genug vom zwei Milliarden teuren Asylanatismus, muss 2003 SVP wählen!**

## VII. Von Rat-, Hilf- und Kopfflosigkeit bis zur Unfähigkeit

Ob **Finanz- oder Steuerpolitik**, ob **Aussen- oder Ausländerpolitik**, ob **Sozial- oder Gesundheitspolitik**: Die Koalition von SP, FDP und CVP hat eine miserable Bilanz vorzulegen. Dieses Versager-Bündnis ist unfähig, die grossen Probleme der Zukunft zu lösen. Ohne klare Ziele und Konzepte kommt die Schweiz nicht voran.

So wird gerade das beschlossen und verkündet, was im Augenblick gut ankommt und womit man in den nächsten Tagen politisch überleben kann. Ein Sammelsurium von Widersprüchen tut sich hier auf. Auf diese Weise kann man nichts bewirken. So kann man weder führen noch regieren. Es herrscht eine **Koalition von Ratlosen**. Diese Konzeptlosigkeit ist wohl nirgends so zum Ausdruck gekommen wie in all den Interviews, die Bundespräsident Pascal Couchepin während des Jahreswechsels veröffentlichte. Als einzige konkrete "Reform" hat der neue Gesundheitsminister angekündigt, er wolle die künftigen Prämien erhöhungen künftig nicht mehr selber ankündigen, sondern diese Aufgabe den Krankenkassen überlassen ... Solche Couchepin-Reformen werden die Prämienzahler gewiss enorm begeistern!<sup>34</sup>

<sup>33</sup> Facts, 28.11.2002.

<sup>34</sup> Sonntagszeitung, 29.12.2002.

Die Mitte-Links-Koalition aus SP, FDP und CVP hat

- **kein Ziel,**
- **keinen Weg,**
- **kein Konzept,**
- **keine Strategie,**
- **kein Standvermögen,**
- **und keine Lösungen.**

**Die SVP ist die einzige Kraft im Land, die bereit ist, gegen diese ruinöse Orientierungslosigkeit anzutreten. Wer für die Zukunft Lösungen, Konzepte und Tatkraft will, wählt 2003 SVP.**

## VIII. Begrüssung

Meine Damen und Herren, Sie sehen wie wichtig das Wahljahr 2003 ist. Und darum heisse ich Sie herzlich willkommen an der diesjährigen Albisgüetli-Tagung. Besonders willkommen heissen möchte ich unsere Gäste. An erster Stelle unseren **Ehregast** und Referenten, Herrn Prof. Dr. rer. pol. **Walter Wittmann**, Bad Ragaz.

### **Präsident des Zürcher Kantonsrates**

Kantonsratspräsident Thomas Dähler

### **Vizepräsident des Zürcher Kantonsrates**

Kantonsrat Ernst Stocker, Wädenswil

### **Präsident des Grossen Rates des Kantons Luzern**

Grossratspräsident Dr. med. Rätö B. Camenisch, Luzern

### **Zürcher Regierungsräte**

RR Rita Fuhrer, Direktorin für Soziales und Sicherheit des Kantons Zürich

RR Dr. Christian Huber, Finanzdirektor des Kantons Zürich

### **Zürcher Regierungsratskandidat**

KR Hans Rutschmann, Fraktionspräsident

### **Ständerat**

SR Hans Hofmann



**Nationalräte aus anderen Kantonen**

NR Caspar Baader, Basel-Land, Präsident unserer Fraktion in der Bundesversammlung

NR Jean-Henri Dunant, Basel-Stadt

NR Peter Föhn, Schwyz

NR Jakob Freund, Appenzell-Ausserrhoden

NR Walter Glur, Aargau

NR Otto Laubacher, Luzern

NR Marcel Scherer, Zug

NR Hanspeter Seiler, Bern

NR Peter Spuhler, Thurgau

**Die SVP-Nationalräte aus dem Kanton Zürich**

NR Max Binder

NR Hans Fehr

NR Hans Kaufmann

NR Robert Keller

NR Ueli Maurer

NR Prof. Dr. Christoph Mörgeli

NR Ernst Schibli

NR Dr. Ulrich Schlüer

NR Jürg Stahl

NR Bruno Zuppiger

**Alt Regierungs-, Stände- und Nationalräte**

a. RR und a. SR Jakob Stucki

a. NR Walter Frey

a. NR Dr. Hans Ulrich Graf

a. NR-Präsident Rudolf Reichling

a. NR Werner Vetterli

**Die Spitze der SVP Schweiz**

NR Ueli Maurer, Präsident

NR Toni Brunner, Vizepräsident

Dr. Cornelia Stamm Hurter, Vizepräsidentin und Ersatzrichterin am Bundesgericht

Gregor Rutz, Generalsekretär

**Besondere Gäste aus den militärischen Kreisen**

Div. Hansruedi Ostertag, früherer Dir. Militärische Führungsschule ETH Zürich

Div. Hans-Ulrich Solenthaler, Kdt F Div 6

Div. a.D. Hans Bachofner

Div. a.D. Rolf Walter Siegenthaler, Ehrenobmann der Schützengellschaft der Stadt Zürich, der Hausherrin des Schützenhauses Albisgütli

**Vertreter des Gewerbeverbandes des Kantons Zürich**

Martin Arnold, Geschäftsführer

**Ganz besonders begrüsse ich die SVP-Delegationen der Kantone**

Alle Kantone sind dieses Jahr vertreten. Zum ersten Mal die jüngste Kantonalsektion Neuenburg.

**IX. "Es taget vor dem Walde ..."**

2003 ist ein Wahljahr. Ich glaube, es beginnt zu tagen. Wer nicht gerade in die Niederungen der hohen Politik schaut, sondern hinausblickt ins Land und zum Volk, wer hinaufblickt zum Souverän, der wird mit Zuversicht erfüllt. Man fühlt sich an das alte Volkslied erinnert: **"Es taget vor dem Walde, stand uuf Kätterlin!"**<sup>35</sup> Darum, Bürgerinnen und Bürger, wachet auf im Wahljahr 2003! 2002 war nicht nur ein schlechtes Wirtschaftsjahr, sondern auch in vielem ein wichtiges Jahr der Klärung:

- Management, das nur noch auf **Grösse und Wachstum** ausgerichtet war, **Bilanzschummeleien, falsch verstandene Globalisierung und Internationalisierung, viel Hohles und Leeres ist aufgefliegen**. Das ist tröstlich. **Es ist der Anfang einer Wende. Wenigstens in der Wirtschaft beginnt es zu tagen**. Hier ist die Rückkehr zu den schweizerischen Werten, zur Schweizer Qualität in vollem Gang.
- **Verfilzte Verwaltungsräte**, in denen Unfähigkeit und Günstlingswirtschaft geradezu herangezüchtet wurden, sind im letzten Jahr **wie Pestbeulen aufgeplatzt**. Genauso die ungesunden Verflechtungen zwischen Verwaltungsräten verschiedener Firmen. **Dass dies alles zum Vorschein kam, ist der Anfang einer Besserung**.
- In der Wirtschaft wird das Fehlmanagement viel schneller ausgewechselt als in der Politik, weil schlechte Firmen im Markt nicht überleben können. Anders ist es in der Politik. Da können sich auch **Unfähigkeit, überlebte Strukturen und krasse Missstände** noch lange halten, weil sie mit **Staatsinfusionen**, sprich **Steuergeldern**, künstlich am Leben erhalten werden.
- Auch in der **Gesellschaft** scheint sich da und dort die Gewissheit durchzusetzen, **dass der Spreu vom Weizen zu trennen ist**.

<sup>35</sup> Schweizerisches Volkslied, das um 1534 vermutlich durch Ludwig Senfl (1492-1555) komponiert wurde. Der Text erschien 1553 in der Liedersammlung "Bicinia sive duo Germania ad Acquales", gedruckt in Bern von Mathias Apianius. Aus Max Peter Baumanns Hausbuch der Schweizer Volkslieder, Bücher-Verlag, Wabern-Bern 1980.

- Immer mehr Menschen in der Schweiz lassen sich von den Moralaposteln aus Presse und Politik, die Kritik als schlechten Stil brandmarken, nicht mehr einschüchtern. **Immer mehr Menschen wollen selber alle Möglichkeiten durchdenken, nüchtern Vor- und Nachteile abwägen, und vor allem wollen sie das Wohl der Schweiz in den Vordergrund ihrer Überlegungen stellen.**

- Auch der **Dachverband der schweizerischen Wirtschaft "Economiesuisse"** ist couragierter geworden:

*"Ein EU-Beitritt ist derzeit aus wirtschaftlicher Sicht nicht von Interesse. [...] Nach Inkrafttreten der Bilateralen I drängt sich ein Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union (EU) aus wirtschaftlichen Gründen weniger auf als zuvor. Im Gegenteil: Gemäss eigenen Abklärungen hätte die Übernahme des Acquis communautaire in einigen Gebieten nachteilige Auswirkungen auf die Wirtschaft."<sup>36</sup>*

- Der Ökonomeprofessor Jean-Christian Lambelet sagte am 5. Januar 2003 in der "NZZ am Sonntag":

*"So wie die EU heute aussieht, ist sie nicht eine sehr appetitliche Sache. [...] Kleinere Länder werden zunehmend weniger respektiert. Mittlerweile haben die Grossen mit einer Machtpolitik zu spielen begonnen."*

- Der in der Schweiz lebende Exildeutsche Karl Otto Pöhl, der von 1980 bis 1993 die Deutsche Bundesbank präsidierte und langjähriges Mitglied der SPD ist, meint:

*"dass die Schweiz versuchen sollte, den eigenen Weg zu gehen und nicht Mitglied der EU zu werden. Es braucht in Europa so etwas wie die Schweiz."<sup>37</sup>*

- Der grösste Lichtblick war die wuchtige **Verwerfung der "EU-Beitrittsinitiative"** vom 4. März 2001, als 76,8% mit Nein votierten.

---

<sup>36</sup> Quelle: Economiesuisse, Standortbestimmung zur schweizerischen Integrationspolitik, Punkt 2, Oktober 2002.

<sup>37</sup> Bilanz, 1.9.2002. Karl Otto Pöhl teilt übrigens auch nicht die Meinung, die Schweiz müsse aus wirtschaftlichen Gründen der EU beitreten.

- Wie sehr das Klima gedreht hat – ausser natürlich im Bundeshaus – zeigt auch die Stellungnahme des Präsidenten der grössten Schweizer Bank. Vor drei Wochen erklärte **Marcel Ospel**:

*"Ich bin entrüstet, wie die EU mit ihren kleineren Mitgliedern umspringt. Sie werden von den zwei, drei Grossen ständig an die Wand gedrückt. Ich bin heute noch skeptischer als früher."<sup>38</sup>*

**Und auf die Frage, ob das EU-Beitrittsge such des Bundesrates zurückgezogen werden sollte, antwortete der Bankpräsident mit**

*"Ja."<sup>39</sup>*

Noch vor zehn Jahren hat mich die gleiche Grossbank aus dem Verwaltungsrat geworfen, weil ich mich gegen den EWR/EU-Beitritt zur Wehr setzte! Wie die Zeiten doch ändern.

Sie sehen, meine Damen und Herren: **"Es taget vor dem Walde!"** In Wirtschaft und Gesellschaft und bei den Leuten, die realistisch im Alltag stehen, beginnt es zu tagen. **Im Bundeshaus** ist dies noch nicht der Fall. Da **herrscht noch dunkle Nacht und tiefer Schlummer**. Wecken wir sie auf durch die Wahlen 2003!

Aber wo viel Schlechtes ist, gibt es auch immer wieder Lichtblicke. Der grösste Lichtblick ist: **Die Bürgerinnen und Bürger haben glücklicherweise eine Alternative. Die Alternative heisst SVP**. Die SVP hat die politischen und wirtschaftlichen Irrwege der letzten zehn Jahre nicht mitgemacht. Darum steht die SVP heute glaubwürdig da. Sie hat durchgehalten gegen alle Anfeindungen. Auch damals, als sie mit ihrem Mut zum Widerstand noch ganz alleine stand.

Als **Ruferin in der Wüste** hat die SVP Einwände erhoben und alternative Lösungen präsentiert. Dafür wurde sie kübelweise und fast täglich mit Gölle übergossen.

Doch wir blieben **standfest** und sind damit zur grössten Partei der Schweiz geworden. Auch wenn nicht immer alle SVP-Vertreter hingestanden sind und die Kraft aufbrachten, diesen Weg zu gehen... **Die klare Mehrheit der Partei** stand und steht für diese schwere, aber verantwortungsvolle Aufgabe bereit.

**Darum ist die SVP zur glaubwürdigen Alternative geworden. Darum kann sich die SVP 2003 mit gutem Gewissen zur Wahl stellen.**

---

<sup>38</sup> Cash 52/1, 27.12.2002.

<sup>39</sup> Cash 52/1, 27.12.2002.

Was ich in meinem Unternehmen als tröstliche Einsicht habe, gilt auch für unsere Partei. Wir müssen nicht die absolut besten und klügsten sein. **Wir müssen nur besser und klüger sein als die andern.**

Ich erinnere mich an jene Begebenheit, als ein SPler, ein CVPler, ein FDPler und ein SVPler durch die Steppe wandern. Plötzlich stehen sie vor einem knurrenden, hungrigen Löwen.

**Ruft der SPler:** "Ich bin doch ein guter, sozialer und moralisch hochstehender Mensch und habe stets nur Geld aus der Staatskasse verteilt. Friss lieber den unmoralischen SVPler!"

**Der CVPler fleht:** "Ich bin weder Fisch noch Vogel, war stets unauffällig und bin viel zu fad für Dich, Löwe. Friss lieber den rässen SVPler!"

**Der FDPler spricht erhaben:** "Wir von der FDP sitzen in so vielen Verwaltungsräten – still und leise – mich getraut er sicher nicht zu fressen. Da – Löwe – friss den SVPler, dem hilft kein Filz!"

Inzwischen hat **der SVPler** den Rucksack ausgepackt und ein Paar Turnschuhe angezogen. Kaum bemerken dies die andern, rufen sie im Chor: "Spinnst denn Du? Meinst Du, Du seiest deswegen schneller als der Löwe?" Da entgegnet der SVPler seelenruhig: "Ist auch nicht nötig. Ich muss ja nur schneller sein, als Ihr!"

---

Meine Damen und Herren, **auf die fehlenden Konzepte, fehlenden Lösungen, die fehlenden Köpfe, die Ziel- und Orientierungslosigkeit, auf die fehlende Standhaftigkeit, auf den fehlenden Mut zum positiven Sonderfall, gibt es eine Antwort:**

**Die SVP!**